

08.03.90

AS

## **Verordnung**

des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Verordnung zu dem Abkommen vom 25. Januar 1990 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über die Durchführung des Artikels 20 und des Artikels 22 Abs. 1 Buchstaben b und c der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

### **A. Zielsetzung**

Durch das Abkommen vom 25. Januar 1990 soll

- die Gewährung von Sachleistungen der Krankenversicherung an Familienangehörige von Grenzgängern im Hoheitsgebiet der beiden Vertragsstaaten freizügiger durchgeführt werden
- die Kostenerstattung bei Grenzgängern sowie in Fällen, in denen es zur Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs im anderen Vertragsstaat einer Genehmigung des zuständigen Trägers bedarf, beschleunigt werden.

### **B. Lösung**

Das Abkommen vom 25. Januar 1990 stützt sich auf die in den Artikeln 20 und 36 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 den Mitgliedstaaten eingeräumte Ermächtigung zum Abschluß von der Verordnung abweichender Vereinbarungen. Das Abkommen sieht vor, daß die Familienangehörigen von Grenzgängern im deutsch-luxemburgischen

Verhältnis wie der Grenzgänger selbst Sachleistungen der Krankenversicherung auch im Beschäftigungsland des Grenzgängers in Anspruch nehmen können, ohne daß es - wie in der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 vorgesehen - einer vorherigen Genehmigung des zuständigen Trägers bedarf.

Außerdem sieht das Abkommen vor, daß die Kosten der Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen nicht - wie in der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 vorgesehen - über zentrale Stellen, sondern unmittelbar zwischen den zuständigen Trägern abgerechnet werden.

Dem erweiterten Zugangsrecht zu Krankenversicherungsleistungen steht also eine raschere Kostenabwicklung in den Fällen der Sachleistungsaushilfe gegenüber.

#### C. Alternativen

Keine

#### D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Durchführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

**Bundesrat**

**Drucksache 188/90**

08.03.90

AS

## **Verordnung**

des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Verordnung zu dem Abkommen vom 25. Januar 1990 zwischen der  
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung  
des Großherzogtums Luxemburg über die Durchführung des  
Artikels 20 und des Artikels 22 Abs. 1 Buchstaben b und c  
der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

Der Chef  
des Bundeskanzleramtes  
121 (311) - 806 06 - So 141/90

Bonn, den 8. März 1990

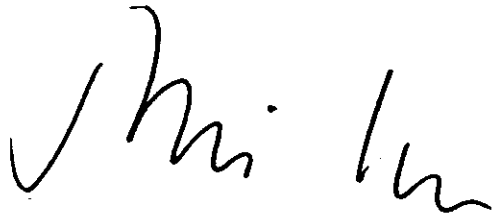
An den  
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesminister für  
Arbeit und Sozialordnung zu erlassende

Verordnung zu dem Abkommen vom 25. Januar 1990  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik  
Deutschland und der Regierung des Großherzogtums  
Luxemburg über die Durchführung des Artikels 20  
und des Artikels 22 Abs. 1 Buchstaben b und c  
der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Seiters', with a large, sweeping initial 'R'.

Rudolf Seiters

Verordnung zu dem Abkommen vom 25. Januar 1990  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und  
der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über die  
Durchführung des Artikels 20 und des Artikels 22 Abs. 1  
Buchstaben b und c der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

Vom ..... 1990

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes vom 17. Mai  
1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im  
Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni  
1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Ar-  
beitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft  
zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates  
vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr.  
1408/71 (BGBl. 1974 I S. 1177) verordnet der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung:

#### Artikel 1

Das in Bonn am 25. Januar 1990 unterzeichnete Abkommen zwischen  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung  
des Großherzogtums Luxemburg über die Durchführung des Artikels  
20 und des Artikels 22 Abs. 1 Buchstaben b und c der Verordnung  
(EWG) Nr. 1408/71 wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen  
wird nachstehend veröffentlicht.

#### Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes  
in Verbindung mit Artikel 6 des in der Eingangsformel genannten  
Gesetzes auch im Land Berlin.

### Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 6 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 7 außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den ..... 1990

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung

## Begründung

Das Gesetz vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (BGBl. 1974 I S. 1177) ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, mit Zustimmung des Bundesrates in den im Gesetz aufgezählten Fällen durch Rechtsverordnung Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Kraft zu setzen. Damit soll eine Vereinfachung des Verfahrens zur Inkraftsetzung und zur Änderung der im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 geschlossenen Abkommen erreicht werden.

## Zu Artikel 1

Aufgrund des Artikels 20 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 können die Familienangehörigen eines Grenzgängers, die nicht in dem Land wohnen, in dem die Versicherung besteht, Sachleistungen der Krankenversicherung auch im Gebiet des zuständigen Staates - außer in dringenden Fällen - nur erhalten, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten eine entsprechende Vereinbarung schließen oder wenn der zuständige Träger vorher seine Genehmigung hierzu erteilt.

Das vorliegende Abkommen stellt eine solche Vereinbarung dar, die den Familienangehörigen der Grenzgänger einen Anspruch auf Sachleistungen der Krankenversicherung im Gebiet des zuständigen Staates gewährt, ohne daß der zuständige Träger vorher seine Genehmigung erteilen muß.

Das Abkommen sieht außerdem vor, daß die Kosten der Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen unmittelbar zwischen den zuständigen Trägern abgerechnet werden. Dem erweiterten Zugangsrecht zu Krankenversicherungsleistungen steht also eine raschere Kostenabwicklung in den Fällen der Sachleistungsaushilfe gegenüber.

#### Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Die Verordnung enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

#### Zu Artikel 3

Die Vorschrift enthält die üblichen Bestimmungen über das Inkrafttreten bzw. Außerkrafttreten der Verordnung und deren Bekanntgabe.

#### Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

Abkommen  
zwischen der

Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der  
Regierung des Großherzogtums Luxemburg

Über die Durchführung des Artikels 20 und des  
Artikels 22 Absatz 1 Buchstaben b und c der  
Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

188/30

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung des Großherzogtums Luxemburg -

in dem Wunsch, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zu erweitern und zu vertiefen,

in der Erwägung, daß die Erbringung von Sachleistungen bei Krankheit und Mutterschaft an die Familienangehörigen von Grenzgängern im Hoheitsgebiet der beiden Vertragsstaaten freizügiger durchzuführen ist,

in dem Bestreben, die Kostenerstattung bei Grenzgängern sowie in Fällen, in denen es zur Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs im anderen Vertragsstaat einer Genehmigung des zuständigen Trägers bedarf, zu beschleunigen -

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens gelten die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, (im folgenden als Verordnung bezeichnet) und in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (im folgenden als Durchführungsverordnung bezeichnet).

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Bestimmungen der Verordnung und der Durchführungsverordnung; in Zweifelsfällen sind diese maßgebend.

#### Artikel 2

Dieses Abkommen gilt

1. für die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden und nach luxemburgischen Rechtsvorschriften versicherten Grenzgänger und deren Familienangehörige sowie für die in Luxemburg wohnenden und nach deutschen Rechtsvorschriften versicherten Grenzgänger und deren Familienangehörige;
2. für Personen, deren weiterer Leistungsanspruch im anderen Vertragsstaat von einer Genehmigung des zuständigen Trägers abhängig ist.

## Artikel 3

Die in Artikel 2 Nummer 1 genannten Familienangehörigen von Grenzgängern können Sachleistungen gemäß Artikel 20 der Verordnung auch im Hoheitsgebiet des zuständigen Staates in derselben Weise wie der Grenzgänger in Anspruch nehmen.

## Artikel 4

(1) Abweichend von Artikel 102 Absatz 2 Satz 1 der Durchführungsverordnung erstatten die nach Absatz 3 bestimmten luxemburgischen Träger und deutschen Träger unmittelbar die Aufwendungen für Sachleistungen, die

- a) Grenzgängern und deren Familienangehörigen oder
- b) in den Fällen des Artikels 22 Absatz 1 Buchstaben b und c, des Artikels 22 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Buchstaben b und c, des Artikels 31 in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung aus Anlass stationärer Krankenhausbehandlung oder in Anwendung von Artikel 17 Absatz 7 der Durchführungsverordnung

vom Träger des anderen Vertragsstaates erbracht worden sind.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe b übermittelt das Krankenhaus, die Rehabilitationseinrichtung oder ähnliche Einrichtung die Kostenabrechnung an den für den Wohn- oder Aufenthaltsort zuständigen Träger, welcher bescheinigt, daß nur die jeweiligen Vertragssätze in Rechnung gestellt wurden. Dieser übermittelt die Kostenabrechnung an den zuständigen Träger, welcher unmittelbar mit der genannten Einrichtung abrechnet.

(3) Die für die Durchführung dieses Abkommens erforderlichen zusätzlichen Verfahrensregelungen werden unmittelbar zwischen der Verbindungsstelle für die Krankenversicherung (für die deutsche Seite) und der Generalinspektion der sozialen Sicherheit (für die luxemburgische Seite), die auch die in Betracht kommenden Träger festlegen, vereinbart.

## Artikel 5

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

- 12 - 188/90

- 8 -

#### Artikel 6

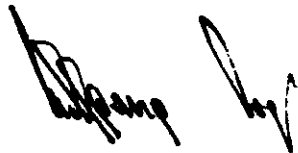
Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

#### Artikel 7

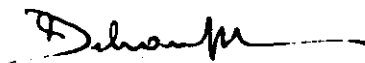
Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres von seinem Inkrafttreten an geschlossen. Es verlängert sich stillschweigend um jeweils ein Jahr, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am *25. Januar 1990* in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung  
des Großherzogtums Luxemburg



A c c o r d

entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le  
Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
au sujet de l'application de l'article 20 et de  
l'article 22 paragraphe 1 sous b) et c) du  
règlement (CEE) no 1408/71

- 10 -

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg  
et  
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Désireux d'étendre et d'approfondir les relations  
réciproques en matière de sécurité sociale;

Considérant que l'octroi de prestations en nature en cas  
de maladie et de maternité aux membres de famille de  
travailleurs frontaliers sur le territoire des deux Etats  
contractants est à rendre plus libre;

Soucieux d'accélérer le remboursement des dépenses dans le  
cas de travailleurs frontaliers ainsi que dans les cas où  
le maintien du droit aux prestations dans l'autre Etat  
contractant nécessite l'autorisation de l'institution  
compétente,

Sont convenus de ce qui suit:

#### Article 1er

(1) Pour l'application du présent Accord sont appli-  
cables les définitions de l'article 1er du règlement (CEE)  
no 1408/71 du Conseil relatif à l'application des régimes  
de sécurité sociale aux travailleurs salariés, aux tra-  
vailleurs non salariés et aux membres de leur famille qui  
se déplacent à l'intérieur de la Communauté (dénommé ci-  
après règlement) et de l'article 1er du règlement (CEE)  
no 574/72 du Conseil fixant les modalités d'application  
du règlement (CEE) no 1408/71 relatif à l'application des  
régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés, aux  
travailleurs non salariés et aux membres de leur famille  
qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté (dénommé  
ci-après règlement d'application).

(2) Pour autant que le présent Accord n'en dispose pas  
autrement, les dispositions du règlement et du règlement  
d'application sont applicables; en cas de doute celles-ci  
font autorité.

#### Article 2

Le présent Accord s'applique

1. aux travailleurs frontaliers résidant en République  
fédérale d'Allemagne et assurés conformément à la  
législation luxembourgeoise et aux membres de leur  
famille ainsi qu'aux travailleurs frontaliers résidant  
au Luxembourg et assurés conformément à la législation  
allemande et aux membres de leur famille;
2. aux personnes dont le maintien du droit aux prestations  
dans l'autre Etat contractant est subordonné à une  
autorisation de l'institution compétente.

Article 3

Les membres de famille de travailleurs frontaliers désignés à l'article 2 sous 1. peuvent bénéficier également des prestations en nature conformément à l'article 20 du règlement sur le territoire de l'Etat compétent dans la même mesure que le travailleur frontalier.

Article 4

(1) Par dérogation à l'article 102 paragraphe 2 première phrase du règlement d'application les institutions luxembourgeoises et les institutions allemandes, pour lesquelles existe un arrangement conformément au paragraphe 3 ci-dessous, remboursent directement les dépenses pour prestations en nature qui ont été servies par l'institution de l'autre Etat contractant

a) aux travailleurs frontaliers et aux membres de leur famille

ou

b) dans les cas prévus à l'article 22 paragraphe 1 sous b) et c), à l'article 22 paragraphe 3 en relation avec le paragraphe 1 sous b) et c), à l'article 31 en relation avec l'article 22 paragraphe 1 sous c) du règlement à l'occasion d'un traitement hospitalier stationnaire ou en application de l'article 17 paragraphe 7 du règlement d'application.

(2) Dans les cas prévus au paragraphe 1 sous b) ci-dessus l'hôpital, le centre de réhabilitation ou tout autre institut analogue communique le décompte des frais à l'institution compétente du lieu de résidence ou de séjour qui certifie que seuls les tarifs conventionnels respectifs ont été mis en compte. Celle-ci communique le décompte à l'institution compétente qui rembourse les dépenses directement à l'institut prévisé.

(3) Les règles de procédure complémentaires nécessaires à l'application du présent Accord sont fixées d'un commun accord directement par l'inspection générale de la sécurité sociale (pour le côté luxembourgeois) et par l'organisme de liaison pour l'assurance maladie (pour le côté allemand) qui déterminent également les institutions entrant en ligne de compte.

- 12 -

Article 5

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 6

Le présent Accord entrera en vigueur un mois après le jour où les deux Parties contractantes se seront notifiées que les formalités nationales requises pour l'entrée en vigueur sont remplies.

Article 7

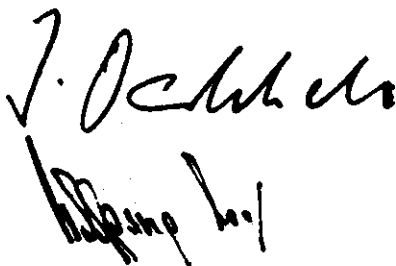
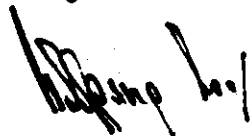
Le présent Accord est conclu pour la durée d'une année à partir de son entrée en vigueur. Il sera renouvelé tacitement d'année en année, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes qui devra être notifiée par écrit trois mois au plus tard, à la fin d'une année civile.

Fait à Bonn, le 25 janvier 1990, en double  
exemplaire en langues française et allemande, les deux  
textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
du Grand-Duché de Luxembourg



Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne

11.05.90

**Beschluß**

**des Bundesrates**

zur

Verordnung zu dem Abkommen vom 25. Januar 1990 zwischen  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der  
Regierung des Großherzogtums Luxemburg über die Durch-  
führung des Artikels 20 und des Artikels 22 Abs. 1  
Buchstaben b und c der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71

Der Bundesrat hat in seiner 612. Sitzung am 11. Mai 1990  
beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des  
Grundgesetzes zuzustimmen.